



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tholen  
sehr geehrter Herr Beigeordneter Dahlmanns,  
verehrte Ratskollegin und -kollegen,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes gingen im vergangenen Jahr die Defizite der Kommunen um 6 Milliarden auf 2,9 Milliarden zurück. Ursächlich hierfür waren vor allem die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen. Dennoch fehlen den kommunalen Haushalten noch Milliarden. Insbesondere den Kommunen in Nordrhein-Westfalen, auf die ca. 50 % der bundesweiten kommunalen Kassenkredite entfallen (ca. 22 Milliarden Euro). Gegenüber den anderen Flächenländern befindet sich Nordrhein-Westfalen in einer schlechteren wirtschaftlichen Verfassung. Die Aufwendungen für Sozialleistungen und auch die stetig steigenden Kosten im Bereich der Jugendhilfe sind in NRW ein Vielfaches höher als in den anderen Bundesländern. Über die an den Kreis Heinsberg abzuführende Kreisumlage, die in diesem Jahr ca. 6,2 Mio. € beträgt, wird die Gemeinde Gangelt an diesen Kosten beteiligt. Zusammen mit der Gewerbesteuerumlage und der Finanzierungsbeteiligung am Fonds „Deutsche Einheit“ führt die Gemeinde Gangelt insgesamt ca. 6,5 Mio. € an das Land NRW und den Kreis Heinsberg ab. Das sind fast **92 %** (!) der eigenen Steuereinnahmen.

Grundsätzlich sollte der Träger öffentlicher Aufgaben mit entsprechenden Einnahmen zur Deckung der mit den Aufgaben verbundenen Ausgaben ausgestattet sein. Die Beschaffung dieser Mittel liegt zunächst in der Eigenverantwortung der Kommunen. Jedoch sind die eigenen Einnahmemöglichkeiten einer Kom-



mune sowohl der Art als auch der Höhe nach begrenzt. Darüber hinaus ist das Land nach dem Grundgesetz dazu verpflichtet, für eine **ausreichende** Finanzausstattung der Aufgabenträger zu sorgen. Die Gemeinde Gangelt erhält im Haushaltsjahr 2012 eine Schlüsselzuweisung, einschließlich der Zuweisung für die Angehörigen der Gaststreitkräfte, in Höhe von ca. 3,5 Mio. €. Verglichen mit der Zuweisung des Jahres 2010 bedeutet das einen Rückgang von ca. 1,2 Mio. €, obwohl die Ausgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich eher nicht rückläufig gewesen sein dürften. Der Kreis Heinsberg hat sich in diesem Jahr **erstmalig** solidarisch gegenüber den kreisangehörigen Kommunen gezeigt, in dem er durch die Inanspruchnahme der eigenen Ausgleichsrücklage den Umlagebedarf reduziert hat. Wünschenswert wäre auch eine stärkere Verantwortung des Landes bei der Kostenbeteiligung, da eine kleine Kommune, wie die Gemeinde Gangelt, einen Rückgang der Schlüsselzuweisung von 1,2 Mio. € innerhalb von zwei Jahren nicht durch die eigenen Einnahmemöglichkeiten oder Sparmaßnahmen auffangen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,

über Milliardenlöcher müssen wir uns hier in Gangelt glücklicherweise nicht unterhalten. Doch auch der vierte Haushalt, der nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) erstellt wurde, weist erneut ein strukturelles Defizit in Millionenhöhe aus. Wir, von der UB-Fraktion, gehen aber davon aus, dass das tatsächliche Defizit **wesentlich** geringer ausfallen wird.

---

### **Weshalb komme ich zu dieser Annahme?**

In den vergangenen drei Jahren wurden uns Ratsvertretern ebenfalls Haushaltsentwürfe mit nicht unerheblichen Verlusten zur Verabschiedung vorgelegt. Da die Jahresabschlüsse der Jahre 2009 bis 2011 noch nicht fertiggestellt sind, können wir derzeit die Planverluste der Vorjahre nur mit den von der Verwaltung mitgeteilten vorläufigen Ergebnissen vergleichen. Demnach sind die Ergebnisse 2009 und 2010 um ca. 700 T€ bzw. ca. 1,4 Mio. € besser ausgefallen. Für das Jahr 2011 konnte noch kein Ergebnis mitgeteilt werden, aber der Planverlust wird ebenfalls nicht erreicht werden – im positiven Sinne. Ursächlich hierfür waren unter anderem höhere Steuereinnahmen und **überhöhte** Ausgabenansätze, die tatsächlich nicht beansprucht wurden.

Auch im diesjährigen Haushaltsentwurf wurden die Steuereinnahmen für den Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer **sehr vorsichtig** auf Basis der tatsächlichen Werte des Jahres 2011 geschätzt. Angesichts der in den Tarifrunden beschlossenen Lohnerhöhungen dürfte sich zumindest der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer deutlich verbessern. Des Weiteren wurden die Gewerbesteuereinnahmen auf Basis der Planzahlen des Vorjahres ermittelt. Wie ich bereits eingangs meiner Rede mitgeteilt habe, sind die Steuereinnahmen, insbesondere die Gewerbesteuer (+13,2 %; Gemeinde Gangelte +323 T€), im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Weshalb im Haushaltsplan nicht der tatsächliche Vorjahreswert angesetzt wurde, kann jedenfalls von der UB-Fraktion nicht nachvollzogen werden.

Die Betrachtung der Ausgabenseite gestaltet sich etwas schwieriger, da als Vergleichszahlen neben den vorläufigen Zahlen für 2010 lediglich die Planzahlen des Vorjahres im Haushaltsentwurf enthalten sind. Aber auch hier ist die UB-



Fraktion der Meinung, dass im laufenden Haushaltsjahr einige Ansätze sehr großzügig geschätzt wurden, die bei weitem nicht erreicht werden dürften.

Aus den vorgenannten Gründen wird der ausgewiesene (Plan-)Verlust auch gleichzeitig die **Verlustobergrenze** für das laufende Haushaltsjahr darstellen. Und sofern die „freiwerdenden“ Ressourcen nicht anderweitig ausgegeben werden, ist jedenfalls nach Ansicht der UB-Fraktion eine Ergebnisverbesserung abzusehen.

Nachdem im vergangenen Jahr die in den Vorjahren von der UB-Fraktion vielfach kritisierte, nicht vorliegende Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2009 durch die Gremien verabschiedet wurde, sollten nach Ansicht der UB-Fraktion in diesem Jahr die Abschlussarbeiten der Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 begonnen und eventuell abgeschlossen werden. Und wie bereits im vergangenen Jahr von der UB-Fraktion angesprochen, würden wir es begrüßen, wenn künftig die vorläufigen Zahlen des abgelaufenen Haushaltsjahres aus Vergleichsgründen im Haushaltsentwurf dargestellt werden. Im Zeitalter der EDV-Buchführung sollte dies kein großes Problem mehr sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes schreiten voran. Wie bereits in den Vorjahren von der UB-Fraktion gefordert, wurden auf der Einnahmeseite die Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer sowie die Gebührenhaushalte (Friedhof und Winterdienst) ab dem Haushaltsjahr 2012 geprüft und angepasst.

---



Bei der unpopulären Maßnahme der Hebesatzerhöhungen hat die Gemeinde Gangelt offenbar entschieden, sich im Jahr 2012 der allgemeinen Steuererhöhungswelle in Nordrhein-Westfalen anzuschließen. Wurde seitens der Verwaltung in 2010 und 2011 noch **großzügig** auf die Anpassung an die fiktiven Hebesätze des Landes verzichtet und dadurch eine Kürzung der Schlüsselzuweisung in Kauf genommen, geht man in 2012 in die Vollen. Der Hebesatz bei der Grundsteuer B wurde von 381 % auf **440 %** erhöht. Diese deutliche Erhöhung wurde mit der Vorlage von künftigen Haushaltsplänen begründet, die einen genehmigungsfähigen Eigenkapitalverzehr umfassen sollen. Der Einwand der UB-Fraktion, **maximal** auf den fiktiven Hebesatz von 413 % zu erhöhen und stattdessen sämtliche Haushaltspositionen, insbesondere die freiwilligen Leistungen, auf den Prüfstand zu stellen, fand bei der Verwaltung und den übrigen Fraktionen kein Gehör. Und wirft man zudem einen Blick auf den voraussichtlichen Eigenkapitalverzehr im Finanzplanungszeitraum bis 2015, kann festgestellt werden, dass auch ohne diese deutliche Erhöhung der Hebesätze genehmigungsfähige Haushalte hätten vorgelegt werden können. Wohlmöglich wäre die Entscheidung über die Hebesatzerhöhungen anders ausgefallen, wenn die Ergebnisverbesserungen der Vorjahre durch zeitnahe Vorlage der endgültigen Jahresabschlüsse den Ratsmitgliedern bekannt gewesen wären und zur Verfügung gestanden hätten.

Nach einer weiteren Forderung der UB-Fraktion in der letztjährigen Haushaltsrede wurde beim Friedhofs- und Bestattungswesen die Gebührenkalkulation überprüft und anschließend eine Gebührenerhöhung durchgeführt, die in der Geschichte der Gemeinde Gangelt **einmalig** sein dürfte. Entgegen der Vorschriften

---

des Kommunalabgabengesetzes und trotz Kenntnis der Verluste hat die Verwaltung in den Vorjahren die gesetzlich vorgesehene Überprüfung und insbesondere die Anpassung des Gebührenhaushaltes **unterlassen** und somit das Friedhofs- und Bestattungswesen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Die letzte Anpassung datiert aus dem Jahr 2005 und wurde zudem nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt. Nach dem Kommunalabgabengesetz sind Gebühren zu erheben, bei deren Ermittlung die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten für einen Kalkulationszeitraum von **höchstens** drei Jahren zugrunde gelegt werden können. Kostenunterdeckungen sollen am Ende eines Kalkulationszeitraums innerhalb der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden. Demnach hätte der künftige Gebührenzahler die Verluste aus den zurückliegenden Jahren ebenfalls ausgleichen müssen, sofern die UB-Fraktion nicht die Änderung des Beschlussvorschlags mit dem Verzicht auf den Ausgleich der Kostenunterdeckungen angeregt hätte. Um derartige Überraschungen bei der Gebührenfestsetzung in der Zukunft zu vermeiden, wurden zudem auf Antrag der UB-Fraktion das Erreichen eines Kostendeckungsgrades von mindestens 95 %, sowie die jährliche Überprüfung mit eventueller Gebührenanpassung in den Beschluss aufgenommen.

Ausweislich des diesjährigen Zahlenwerkes brauchen wir uns über kommunale Kassenkredite im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum keine Gedanken zu machen. Bei der Einbringung des Haushaltes haben Sie, Herr Beigeordneter Dahlmanns, über Ihre Vision von der Schuldenfreiheit im Jahr 2015 berichtet. Die vorhandene Kassenliquidität ist im Vergleich zum Vorjahr mit ca. 4,5 Mio. € nahezu unverändert. Die Pro-Kopf-Verschuldung konnte zum 31.12.2011 er-

---



neut gesenkt werden (170 € je Einwohner). Durch eine außerordentliche Tilgung im laufenden Haushaltsjahr kann diese sogar auf 113 € je Einwohner zurückgeführt werden. Die Chancen zur einzigen schuldenfreien Kommune im Kreis Heinsberg zu werden, sind tatsächlich vorhanden. Aber das, verehrte Ratskolle-gin und Ratskollegen, können wir nur bedingt beeinflussen. Die Planzahlen der Jahre 2013 bis 2015 basieren auf Orientierungsdaten, die das Ministerium für Inneres und Kommunales veröffentlicht. Ob das Ministerium in diesem Jahr re-alistische Orientierungsdaten bekanntgegeben hat, wissen wir erst bei der nächsten Haushaltsberatung. Erinnerung sei an dieser Stelle nur an die Finanz-planung des Vorjahres, nach der bereits im Jahr 2013 Kassenkredite erforderlich gewesen wären. Deshalb können wir von der UB-Fraktion nur nochmals appella-lieren, dass die bereits begonnene Konsolidierung des Haushaltes in den Be-reichen, die wir beeinflussen können, weiter vorangetrieben wird. Hierzu ist es, wie die Gebührenkalkulationen gezeigt haben, unbedingt erforderlich, dass sämtliche Verwaltungsgebühren (z.B. Mahnwesen) unter betriebswirtschaft-lichen Gesichtspunkten überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Des Weiteren sollten die jeweiligen Fachabteilungen der Verwaltung ihre jeweiligen Produktbereiche nach weiteren Einsparpotentialen „durchforsten“, damit die Gemeinde Gangelt auch in der Zukunft noch genehmigungsfähige Haushalte vorlegen kann.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich, wie im Vorjahr, die Dringlichkeit des Breitbandausbaus in der Gemeinde ansprechen. Im Finanzplan sind hierfür Mit-tel in Höhe von 750 T€ vorgesehen. Viele Ortsteile sind nach wie vor im Breit-bandbereich unterversorgt. Da auch die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes

---



dem Standortwettbewerb schadet, müssen durch ein „schnelles Internet“ wieder Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen geschaffen werden. Die bereits begonnenen Gespräche mit den potentiellen Anbietern sollten fortgesetzt werden, damit die Gemeinde Gangelt zukünftig nicht als weißer Fleck auf der Internet-Landkarte abgebildet wird.

Abschließend möchte ich im Namen der UB-Fraktion Ihnen und Ihren Mitarbeitern, Herr Dahlmanns, für das ausführliche Zahlenwerk sowie den Erläuterungen bei unserer Haushaltsbesprechung danken. Ebenso wünschen wir Ihnen für Ihre kommende Amtszeit als Beigeordneter der Gemeinde Gangelt ein „glückliches Händchen“ im Umgang mit den Gemeindefinanzen.

Die UB-Fraktion Gangelt wird heute dem vorliegenden Haushalt, einschließlich Finanz- und Investitionsplan, sowie dem Stellenplan, zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Heinz Huben

(Fraktionsvorsitzender)

---